

sammenkünften zwischen Fachleuten Koreas, Japans und der Volksrepublik China ausgearbeitet worden sei, nachdem die drei Länder im Januar dieses Jahres in Singapur auf einer Konferenz der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) grundsätzlich übereingekommen waren, eine kürzere Flugverbindung zwischen der Volksrepublik China und Japan über südkoreanisches Luftüberwachungsgebiet zu eröffnen. Das Abkommen wird am 4. August 1983 in Kraft treten, nachdem zuvor die Luftfahrt-Kontrollzentren der betroffenen Länder die Vertragsurkunden unterzeichnet und sich die drei Staaten bis zum 7. Juli das offizielle Dokument "Mitteilung an die Piloten" zugesandt haben. Nach Angaben des südkoreanischen Verkehrsministeriums wird die neue Flugstrecke den Luftweg zwischen Japan und China um 171 Meilen verkürzen, wodurch die internationalen Luftfahrtgesellschaften jährlich etwa 7 Mio. Dollar an Treibstoffkosten einsparen können.

Folgende internationale Fluggesellschaften werden die neue Route über das Fluginformationsgebiet der Republik Korea benutzen: Japan Airlines, Pan American Airways, Civil Aviation Administration of China, Pakistan International Airlines und Iran National Airlines. Die genannten Fluggesellschaften werden auf der neuen Route voraussichtlich insgesamt 70 Flüge pro Woche durchführen. (KBS, 11.6.83, nach: MD, 15.6.83; The Korea Herald, 11.6.83) -sch-

#### (5) VRCh erlaubt Verwandten-Besuche in Südkorea

Die Behörden der Volksrepublik China haben kürzlich beschlossen, chinesischen Bürgern koreanischer Abstammung zu erlauben, ihre Verwandten in Südkorea zu besuchen. Dies meldete der südkoreanische Rundfunk in Berufung auf die japanische Zeitung Yomiuri Shimbun vom 10. Juni 1983. Unter Berufung auf eine Beijinger Quelle soll die Zeitung geschrieben haben, daß im Rahmen der Politik, den Personenverkehr mit Südkorea zu erleichtern, einige chinesische Bürger koreanischer Herkunft bereits Südkorea besucht hätten. Yomiuri Shimbun zufolge wurde die neue Maßnahme vor der Entführung eines Flugzeugs der staatlichen chinesischen Luftfahrtgesellschaft CAAC nach Südkorea (am 5. Mai 1983; siehe C.a., Mai 1983, Ü 6) getroffen. Staatsbürger der Volksrepublik China, die ihre Verwandten in Südkorea besuchen wollen, erhal-

ten sechs Monate lang gültige Besucherpässe und müssen über Hong Kong nach Südkorea einreisen. (KBS, 10.6.83, nach: MD, 14.6.83; The Korea Herald, 11.6.83) -sch-

### ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE DER AUSSENPOLITIK

#### (6) Diplomatische Beziehungen mit 129 Ländern (VR China : Taiwan = 129 : 23)

Am 6. Juni gab Premierminister Zhao Ziyang in seinem Regierungsbericht, anlässlich der 1. Sitzung des VI. NVK bekannt, daß China in der Zwischenzeit mit 129 Ländern diplomatische Beziehungen unterhalte. Allein in den letzten fünf Jahren seien offizielle Beziehungen mit 15 Ländern aufgenommen worden. Während dieses Zeitraums auch besuchten chinesische Führungspersönlichkeiten 90 Länder und empfingen Spitzenbesuche aus 81 Ländern (XNA, 6.6.83).

Für Taiwan bleiben nur noch 23 Partner, nämlich drei afrikanische Staaten (Südafrika, Swaziland und Malawi), zwei asiatische (Südkorea und Saudi Arabien), vier pazifische (Tonga, Nauru, Tuvalu und Salomon-Inseln), des weiteren der Vatikan und schließlich 13 lateinamerikanische Länder (Bolivien, Costa Rica, Dominica, dominikanische Republik, El Salvador, Nicaragua, Panama, Paraguay, Uruguay, Guatemala, Haiti, Honduras und St. Vincent). 1983 verlor Taiwan zwei afrikanische Partner, nämlich Lesotho und Elfenbeinküste, während es einen dazugewann, nämlich Dominica (hierzu auch C.a., Mai 1983, Ü 46). -we-

### VERTEIDIGUNG

(7)  
**Manöver der VBA-Luftwaffe**  
Die größten Luftlandemanöver, die bisher in der Volksrepublik China abgehalten wurden, haben am 6. und 7. Juni 1983 in der Provinz Hubei stattgefunden. An der Übung nahmen Fallschirmjäger der Luftwaffeneinheiten der Militärregion Wuhan teil, die die zentralen Provinzen Hubei und Henan umfaßt. (SWB, 11.6.83; AFP, 9.6.83) Das Manöver steht offenbar in unmittelbarem Zusammenhang mit den Bemühungen der mi-

litärischen Führung, die VBA-Luftlandeeinheiten sowohl vom Material her als auch in der Kriegsführung zu modernisieren. In diesem Zusammenhang ist geplant, ein Fallschirmjäger-Forschungsinstitut zu gründen und eine Zeitschrift über die Theorie der modernen Kriegsführung unter Einsatz von Luftlandeeinheiten zu veröffentlichen (XNA, 18.5.83). -sch-

### INNENPOLITIK

#### (8) Rangordnung der ersten 13 Mitglieder der chinesischen Führungsspitze

Anlässlich der Veröffentlichung der Mitgliederliste des Trauerkomitees für den am 10. Juni 1983 verstorbenen Liao Chengzhi gab die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua indirekt die Rangfolge der ersten 13 Mitglieder der chinesischen Führungsspitze bekannt (XNA, 13.6.83; siehe auch C.a., Oktober 1982, Ü 7):

1. Hu Yaobang (68)
2. Ye Jianying (86)
3. Deng Xiaoping (79)
4. Zhao Ziyang (65)
5. Li Xiannian (77)
6. Chen Yun (84)
7. Peng Zhen (81)
8. Deng Yingchao (79)
9. Xu Xiangqian (82)
10. Nie Rongzhen (83)
11. Ulanhu (79)
12. Wang Zhen (75)
13. Yang Shangkun (79)

Diese 13 ranghöchsten Politiker der VR China haben ein Durchschnittsalter von über 78 Jahren. Der jüngste unter ihnen ist Ministerpräsident Zhao Ziyang mit 65 Jahren. -sch-

(9)  
**Liao Chengzhi verstorben**  
Liao Chengzhi, Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, verstarb am 10. Juni 1983 im Alter von 75 Jahren an Herzversagen in Beijing. Liao war erst im September letzten Jahres in das Politbüro gewählt worden und sollte nach dem Willen der Parteiführung auf der 1. Tagung des VI. NVK zum stellvertretenden Staatspräsidenten der Volksrepublik China gewählt werden. Hinter der Aufwertung von Liao Chengzhi stand das Bemühen der nachmaoistischen Parteiführung, das Verhältnis zwischen den chinesischen Kom-

munisten auf der einen Seite und den Auslandschinesen, den Bewohnern von Hong Kong und Macao sowie der Guomindang auf Taiwan auf der anderen Seite zu verbessern. Liao Chengzhi galt als einer der aufgeschlossensten kommunistischen Parteiführer gegenüber dem Ausland. Liao Vater, Liao Zhongkai, war ein Mitbegründer der Guomindang und engster Mitarbeiter von Sun Yatsen. Mit Hilfe seines Familienhintergrunds knüpfte Liao Chengzhi vor 1949 zahlreiche Kontakte mit wichtigen Persönlichkeiten der Guomindang, die nach der kommunistischen Machtübernahme nach Taiwan gingen oder sich als Industrielle in Hong Kong und Macao niederließen. Aufgrund dieser alten Kontakte von Liao Chengzhi hatte die kommunistische Parteiführung Anfang dieses Jahres beschlossen, als vertrauensbildende Maßnahme gegenüber Hong Kong und Macao sowie Taiwan Liao Chengzhi zum stellvertretenden Staatspräsidenten wählen zu lassen. Kurz vor dem Wahltermin kam der Tod Liao Chengzhis plötzlich und für alle überraschend. Zum Ersatzkandidaten wurde der mongolische Aristokrat Ulanhu erkoren, der zwar über keine Außenkontakte verfügt, dafür aber die nationalen Minderheiten in der Volksrepublik China repräsentiert.

-sch-

**(10)****Pensionierung von 2 Millionen Kadern?**

Im Verlaufe der sogenannten "Strukturreform" sollen seit Beginn letzten Jahres ca. 2 Millionen alter "Führungskader" in den Ruhestand versetzt worden sein (BRu, 5.7.83, S.3). Dies wären immerhin 10% des gesamten Funktionsstamms von 20 Millionen Kadern. Diese Zahl ist derart hoch, daß sie - soweit sie überhaupt stimmt - wahrscheinlich auch die Zahl derjenigen Funktionäre umfaßt, die aus politischen Gründen von ihren Posten entfernt wurden. Während 10% des Kaderkontingents ausgewechselt worden sein sollen, müssen sich 20% der Funktionäre, d.h. rund 4 Millionen Kader gegenwärtig einer Weiterbildung unterziehen (ebenda).

-sch-

**(11)****Wechsel an der Spitze von fünf Militärbezirken**

Nachdem im Anschluß an den XII.Nationalen Parteitag der KPCh (September 1982) zahlreiche Umbesetzungen in der zentralen Militärführung und an der Spitze der

Militärregionen vorgenommen worden waren, wurde im Juni 1983 die sogenannte "Strukturreform" auf die Ebene der Provinzmilitärbezirke ausgeweitet. In mindestens fünf Provinzen wurden die Führungsgremien der Militärbezirke neu besetzt. Hierbei handelt es sich um die Parteikomitees der Militärbezirke und deren Ständige Ausschüsse. Ihnen gehören u.a. der Kommandeur und der Politkommissar, die stellvertretenden Kommandeure und Politkommissare, der Stabschef und der Direktor der politischen Abteilung an. 1.Politkommissar eines Provinzmilitärbezirks ist immer der 1.Parteisekretär der betreffenden Provinz.

Die personellen Umbesetzungen in den fünf Provinzmilitärbezirken wurden unmittelbar vom Parteikomitee der übergeordneten Militärregion vorgenommen und von der ZK-Militärkommission "genehmigt". In der Praxis dürfte die "Genehmigung" der ZK-Militärkommission - getreu dem Prinzip des demokratischen Zentralismus - eher einer Entscheidung im voraus gleichkommen.

Mit Ausnahme des Autonomen Gebiets Guangxi liegen die Namen der neuen Kommandeure (K) und Politkommissare (P) in den personell "ausgerichteten" Provinzmilitärbezirken vor:

- Guangdong: Zhang Juhui (K), Zhang Minyuan (P)
- Hebei: Zhang Zhenchuan (K), Fei Guozhi (P)
- Hunan: Jiang Jinliu (K), Gu Shanqing (P)
- Jiangxi: Wang Baotian (K), Wang Guangde (P)

Herausragend ist die Ablösung des bisherigen Kommandeurs des Provinzmilitärbezirks Hebei, Ma Hui, der diesen Posten fast 19 Jahre ununterbrochen innehatte. Auch der Ablösung des bisherigen Kommandeurs des Provinzmilitärbezirks Jiangxi, Xin Junjie, dürfte eher politische Bedeutung zukommen, da Xin noch zu Lebzeiten Maos seinen bisherigen Posten angetreten hatte. Die personellen Veränderungen in den Provinzmilitärbezirken von Hunan und Guangdong sollen hingegen vornehmlich den Charakter von Verjüngungsmaßnahmen haben. Mit Ausnahme von Wang Guangde (1980 als Politkommissar einer Akademie für Panzertruppen aufgetreten) waren alle neu ernannten Kommandeure und Politkommissare bisher nicht bekannt. Nach den geschilderten personellen Veränderungen sind nun in 19 der insgesamt 28 Provinzmilitärbezirke Kommandeure im Amt, die nach der 3.Plenartagung des

XI.ZK im Dezember 1978 berufen wurden und in der Regel zur antimaostischen Koalition zu zählen sind. (diverse Rundfunkmeldungen nach SWB; siehe auch C.a., Oktober 1982, Ü 10; C.a., November 1982, Ü 11)

-sch-

**(12)****Endgültige Gnade für Mao Yuanxin?**

Der Präsident des Obersten Volksgerichtshofs der Volksrepublik China, Jiang Hua, hat in seinem Bericht für die 1.Tagung des VI.Nationalen Volkskongresses mitgeteilt, daß in acht Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten die Hauptvertreter der "Viererbande" und der "Lin-Biao-Clique" vor Gericht gestellt und verurteilt worden seien. Hierbei handelt es sich um die regierungsunmittelbaren Städte Beijing und Shanghai sowie um die Provinzen Sichuan, Hubei, Jiangxi, Yunnan, Zhejiang und Liaoning. (XNA, 9.6.83, nach SWB, 11.6.83; AFP, 11.6.83, nach SWB, 15.6.83)

Die Provinz Liaoning war bis zum Sturz der "Viererbande" die politische Hochburg des Mao-Neffen Mao Yuanxin. Mao Yuanxin, ein Sohn des Mao-Bruders Mao Zemin, war zusammen mit der "Viererbande" im Oktober 1976 festgenommen worden. Bis zu seiner Verhaftung hatte er die Posten eines Sekretärs des Parteikomitees der Provinz Liaoning und eines Politkommissars der Militärregion Shenyang inne. Während des Prozesses gegen die "Viererbande" im November und Dezember 1980 war Mao Yuanxin als einer der 68 hauptsächlichen Mitglieder der "Viererbande" und der "Lin-Biao-Clique" bezeichnet worden, die in gesonderten Verfahren abgeurteilt werden sollten. Diese abgetrennten Verfahren gegen die Führer der radikalen Maoisten auf Provinzebene sind - nach den Ausführungen von Jiang Hua zu urteilen - in den genannten acht Provinzeinheiten abgeschlossen worden, ohne daß eine öffentliche Anklage bzw. Verurteilung von Mao Yuanxin bekanntgeworden wäre. Damit scheint sich eine Meldung des Beijinger Korrespondenten der "Frankfurter Rundschau", Helmut Opletal, vom 21.Oktober 1982 zu bestätigen, derzufolge Mao Yuanxin nach ca. 6jähriger Haft im Spätsommer 1982 freigelassen worden sein soll (siehe C.a., Oktober 1982, Ü 14).

-sch-

(13)

**Modifikation des Mao-Mausoleums?**

Das Mausoleum für den 1976 verstorbenen chinesischen Parteichef Mao Zedong auf dem Beijinger Platz vor dem Tor des Himmlischen Friedens soll einer Meldung der Nachrichtenagentur AP zufolge "nach Angaben unterrichteter Kreise" in eine allgemeine Gedenkstätte für verstorbene Führer der Kommunistischen Partei Chinas umgewandelt werden. Das Zentralkomitee der KPCh habe kürzlich beschlossen, daß in dem Gebäude neben Mao künftig auch andere politisch und militärisch bedeutende Persönlichkeiten Chinas gewürdigt werden sollten. Es sei geplant, u.a. den früheren Ministerpräsidenten Zhou Enlai und den Marshall Zhu De in der Gedenkstätte zu ehren. Die Gewährleute von AP erklärten, daß mit diesem ZK-Beschluß der Personenkult weiter abgebaut und die kollektive Führung Chinas unterstrichen werden solle. (AP, 27.6.83)

Bereits im Frühjahr 1979 hatte es innerhalb der chinesischen Führung Überlegungen gegeben, das Mao-Mausoleum in eine Gedenkstätte für herausragende Persönlichkeiten in der Geschichte der KP Chinas umzuwandeln. So hieß es in einem Leitartikel des ZK-Organs "Volkszeitung" vom 5. März 1979, daß "das Zentralkomitee gegenwärtig nach einem geeigneten Entwurf für die Errichtung einer Gedenkhalle für den Genossen Zhou Enlai und andere Revolutionäre der älteren Generation, die in der Parteigeschichte entscheidend zur chinesischen Revolution beigetragen haben, sucht". Da aus diesem Leitartikel außerdem hervorging, daß es nicht im Sinne Zhou Enlais wäre, neben der bereits existierenden Mao-Gedenkhalle eine weitere für Zhou und andere KP-Führer neu zu bauen, war offenkundig, daß es bei den diesbezüglichen parteiinternen Auseinandersetzungen vornehmlich um einen Umbau des bereits bestehenden Mao-Mausoleums ging. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Parteiführung um Mao und das Mausoleum spiegeln sich auch in dem Wechselspiel zwischen Eröffnung und Schließung der Gedenkhalle wegen "Reparaturarbeiten" wider: Seit ihrer offiziellen Einweihung am 9. September 1977 wurde die "Gedenkhalle für den Vorsitzenden Mao" mindestens dreimal für längere Zeit geschlossen und dann wieder geöffnet (siehe C.a., Januar 1981, Ü 17).

In einem Interview mit der italienischen Journalistin Oriana Fallaci

am 21. und 23. August 1980 kritisierte Deng Xiaoping zwar den Bau des Mao-Mausoleums, betonte jedoch gleichzeitig, daß er gegen jegliche Änderung des gegenwärtigen Zustands sei. Ein Abriß des Kolossalgebäudes wäre - so Deng Xiaoping - genauso inopportun wie damals seine Errichtung. In diesem Interview hatte Deng Xiaoping den Bau der Mao-Gedenkhalle dem damaligen Parteichef Hua Guofeng angelastet: Der Bau des Mausoleums habe dem Willen Mao Zedongs widersprochen, der sich zu seinen Lebzeiten gegen die Zurschaustellung der sterblichen Überreste kommunistischer Parteiführer in Mausoleen ausgesprochen habe. Diese Ansicht Maos habe sogar Eingang in ein offizielles Parteidokument gefunden, daß sehr viele Parteiführer unterschrieben hätten. Demzufolge müßten die sterblichen Überreste der KP-Führer verbrannt werden, was im Falle von Zhou Enlai auch geschehen sei. (Qishi Niandai, Oktober 1980, S.55)

-sch-

(14)

**Guangxi - eine Hochburg der Maoisten?**

Seit April 1983 berichtet der Provinzrundfunksender des Autonomen Gebiets Guangxi von intensiven Bemühungen der Parteizentrale, den "Fraktionalismus" und die "linken" Tendenzen in den Partei- und Regierungsorganen des Autonomen Gebiets Guangxi zu bekämpfen. So entsandte die Beijinger Parteizentrale eine 40köpfige Arbeitsgruppe zur Lösung der politischen Probleme in Guangxi. Die ZK-Arbeitsgruppe hielt zwar eine Reihe von Konferenzen über die Beseitigung kulturevolutionärer Relikte ab, es gelang ihr jedoch nicht, den 1. Parteisekretär des Autonomen Gebiets, Qiao Xiaoguang, aus dem Amt zu hebeln. Qiao ist ein Vertrauter von Politbüromitglied Wei Guoqing, der von 1955 bis 1975 die politische Entwicklung in Guangxi im wesentlichen bestimmt hatte. Wei war im September 1982 von seinem Amt als Direktor der Zentralen Politischen Abteilung der VBA entbunden worden, weil er kurz vor dem XII. Parteitag eine "linke" Kritik am politischen Kurs der Deng-Fraktion im VBA-Organ "Jiefangjun Ribao" hatte abdrucken lassen (siehe C.a., September 1982, Ü 5 u. 18).

Sowohl Wei Guoqing als auch Qiao Xiaoguang wurden auf den von der ZK-Arbeitsgruppe in Guangxi einberufenen Sitzungen und Arbeitskonferenzen zur Bekämpfung des Fraktionalismus und des "linken" Gedankenguts indirekt kriti-

siert. Trotz der schweren Anschuldigungen der Parteiführung und der darauf erfolgten Selbstkritik von Qiao Xiaoguang, der im übrigen zugab, "Fraktionalismus" betrieben zu haben, wurde Qiao noch vor kurzem im Amt des 1. Parteisekretärs des Autonomen Gebiets Guangxi bestätigt (diverse Meldungen des Rundfunksenders des Autonomen Gebiets Guangxi nach SWB; siehe auch C.a., März 1983, Ü 18, S.170).

-sch-

(15)

**40 Millionen KPCh-Mitglieder**

Die Kommunistische Partei Chinas verfügt gegenwärtig über mehr als 40 Millionen Mitglieder. Dies gab die Organisationsabteilung des Zentralkomitees im Juni 1983 bekannt (XNA, 27.6.83). Damit hat sich die Mitgliederzahl der KPCh seit 1949 verzehnfacht. Nach der Gründung der Volksrepublik China nahm die Mitgliederzahl der KPCh folgende Entwicklung (abgerundete Zahlen für den Mitgliederstand der jeweiligen Jahresmitte):

1949	4 Mio.
1953	6 Mio.
1957	13 Mio.
1961	17 Mio.
1965	20 Mio. (?)
1969	25 Mio. (?)
1973	28 Mio.
1977	35 Mio.
1981	39 Mio.
1983	40 Mio.

Nur noch knapp 10.000 KPCh-Mitglieder sind von denen übriggeblieben, die während der beiden "revolutionären Bürgerkriege" von 1921 bis 1937 der KP Chinas beitraten. Sie bilden heute die oberste Führung der KP und der Regierung der VR China. Die mittlere Führungsschicht rekrutiert sich aus den rund 300.000 KPCh-Mitgliedern, die sich während des anti-japanischen Kriegs von 1937 bis 1945 der Partei anschlossen. Rund 7 Millionen macht die Gruppe jener Parteimitglieder aus, die der Partei in der Zeit von 1946 bis 1956 beitraten. Aus den Jahren von 1957 bis 1965 stammen über 9 Millionen KPCh-Mitglieder. Über 18 Millionen der heutigen KPCh-Mitglieder, d.h. 45% der gesamten Mitgliedschaft (!), schlossen sich in der Zeit von 1966 bis 1976 der Partei an und gelten zu einem großen Teil als potentielle Gegner des nach-maoistischen Kurses. Demgegenüber gelten die rund 5,6 Millionen KPCh-Mitglieder, die der Partei seit dem Tode Maos und dem Sturz der "Viererbande" beitraten, als politisch potentiell ver-

läßlich im Sinne der Deng-Fraktion.

Wenn man das durchschnittliche Eintrittsalter in die KPCh mit 25 Jahren annimmt, kommt man auf folgende Altersgruppen unter den KPCh-Mitgliedern (%-Anteil an der gesamten Mitgliedschaft von 40 Millionen in Klammern):

1. 71-87 Jahre	10.000 (0,025)
2. 63-70 Jahre	300.000 (0,75)
3. 51-62 Jahre	7.000.000 (17,5)
4. 42-50 Jahre	9.000.000 (22,5)
5. 31-41 Jahre	18.000.000 (45,0)
6. 25-30 Jahre	5.600.000 (14,0)

-sch-

#### (16) Personalbestand der Volksstaatsanwaltschaften

Die Staatsanwaltschaften der Volksrepublik China verfügen insgesamt über 116.000 Beamte. Dies gab der Generalstaatsanwalt der Obersten Volksstaatsanwaltschaft der Volksrepublik China, Huang Huoqing, in seinem Bericht für die 1.Tagung des VI.NVK bekannt. Huang gab außerdem bekannt, daß Staatsanwaltschaften bis auf Kreisebene eingerichtet worden seien. (XNA, 9.6.83, nach SWB, 11.6.83)

-sch-

#### (17) Über 12.000 Rechtsanwälte

In der Volksrepublik China gibt es gegenwärtig rund 12.100 Rechtsanwälte. 8.600 arbeiten hauptberuflich, während rund 3.500 den Anwaltsberuf als Nebentätigkeit ausüben. Dies gab der Leiter der Notariatsabteilung des Justizministeriums, Tan Wenji, in einem Interview mit der Zeitschrift "Beijing Rundschau" bekannt (BRu, 7.6.83, S.18). Rechtsanwälte in der VR China sind nicht freiberuflich tätig sondern staatliche Angestellte bzw. Beamte ("juristische Kader"). Ihre Tätigkeit ist gesetzlich geregelt durch die "Provisorischen Bestimmungen über die Arbeit der Rechtsanwälte der Volksrepublik China", die im August 1980 erlassen wurden.

-sch-

### WISSENSCHAFT \* AUSBILDUNG KUNST UND MEDIEN

#### (18) Die Bildungspolitik auf der 1.Sitzung des VI.NVK

Der Bericht des Ministerpräsidenten Zhao Ziyang auf der 1.Sitzung des VI.NVK vom 6.Juni 1983 gliederte sich in zwei Teile: einen

Rückblick auf die vergangenen fünf Jahre und die wichtigsten Aufgaben für die kommenden fünf Jahre. Bezüglich des Bildungsektors hob Zhao in seinem Rückblick hervor, daß die falsche Tendenz, Wissen herabzumindern und Intellektuelle zu diskriminieren, allmählich korrigiert worden sei und daß sich die Lage im Erziehungswesen verbessert habe. So habe sich die Zahl der Hochschulen von 598 im Jahre 1978 auf 715 im Jahre 1982 erhöht bei gleichzeitigem Anwachsen der Studentenzahl von 856.000 auf 1.154.000. Im selben Zeitraum seien 43.000 Forschungsstudenten zugelassen worden, 83 Prozent mehr als in den 17 Jahren vor der Kulturrevolution. Ferner seien 18 Dokortitel, 15.000 Magister- und über 300.000 Bachelor-Titel verliehen worden. Die Zahl der Studierenden an nichtregulären Hochschulen, einschließlich Rundfunk- und Fernseh- sowie Abenduniversitäten, habe 1982 über 640.000 betragen.

Im Sekundarschulbereich seien erste Schritte zur Reform der einheitlichen Struktur unternommen worden, so daß sich die Zahl der Schüler an Berufsmittelschulen in den letzten drei Jahren verdoppelt habe. Ende 1982 sei eine Gesamtschülerzahl von 207 Millionen zu verzeichnen gewesen.

Auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik seien immer mehr Leute davon überzeugt, daß Wissenschaft und Technik dem wirtschaftlichen Aufbau zu dienen hätten und für die Modernisierung von großer Bedeutung seien. Die sozialwissenschaftliche Forschung habe auch große Fortschritte gemacht (RMRB, 24.6.83; XNA, 23.6.83).

Die bildungspolitischen Aufgaben für die nächsten fünf Jahre stehen ganz unter dem Aspekt, daß das Erziehungswesen ebenso wie Wissenschaft und Technik weiterzuentwickeln seien, um die chinesische Volkswirtschaft zu fördern. Der Hochschulsektor solle beschleunigt ausgebaut werden, wobei die Studentenzahl an regulären Hochschulen und Universitäten von 315.000 im Jahre 1982 auf 550.000 im Jahre 1987 anwachsen solle. Im selben Zeitraum solle die Zahl der Studierenden an nichtregulären Hochschulen von 290.000 auf 1,1 Millionen ansteigen.

Die Strukturreform der Sekundarschulen müsse weiter voranschreiten, so daß in den nächsten fünf Jahren gut 40 Prozent aller Sekundarschüler Berufsmittelschu-

len besuchten. Dies erfordere die verstärkte Ausbildung von Berufsschullehrern und die Zusammenarbeit von Betrieben mit regulären Schulen. In bezug auf die Ausbildung von Primar- und Sekundarschullehrern seien besondere Anstrengungen nötig ebenso wie bei der Einführung des allgemeinen Schulbesuchs und der Abschaffung des Analphabetentums, vor allem unter Erwachsenen. Auch auf die Bedeutung der Vorschulerziehung wurde hingewiesen.

Von den Fortschritten in Wissenschaft und Technik hänge nach den Worten des Ministerpräsidenten der wirtschaftliche Aufstieg ab. Deshalb sei der im Februar dieses Jahres von den Wissenschaftlern und den entsprechenden Behörden aufgestellte Fünfzehnjahrplan (1986-2000) zur Koordinierung von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Als eines der dringend zu lösenden Probleme bezeichnete der Ministerpräsident die einheitliche Verwaltung und vernünftige Verwendung des wissenschaftlichen und technischen Personals. Zur Lösung dieses Problems kündigte er fünf Maßnahmen an: 1. Durch die Aufstellung von Plänen, die Inangriffnahme wichtiger Projekte und die Errichtung technischer Entwicklungszentren sollen die Ressort- und regionalen Grenzen überwunden und eine zentrale Arbeitsplatzzuweisung und vernünftige Verwendung des wissenschaftlich-technischen Personals vorgenommen werden. 2. Ein Teil der Wissenschaftler und Techniker soll planmäßig aus der Schwer- und Rüstungsindustrie abgezogen und im Energie- und Transportsektor sowie in der Leichtindustrie und Landwirtschaft eingesetzt werden. Außerdem sollen mit Personal gut ausgestattete Hochschulen einen Teil ihres Personals an Mittelschulen und Berufsschulen auf Sekundarebene abführen, um deren Lehrkräftemangel zu beheben. 3. Es soll ein vernünftiges Austauschsystem für wissenschaftlich-technisches Personal eingerichtet werden, so daß dieses Personal von überbesetzten zu unterbesetzten Abteilungen versetzt und dazu ermuntert werden kann, in mittlere und kleine Städte, aufs Land, in Minderheiten- oder Grenzgebiete zu gehen. 4. Es soll ein doppeltes Kontrollsystem eingeführt werden, mit dem erfaßt werden soll, auf welcher Ebene (zentrale oder lokale Ebene) und in welchem Beruf bzw. Spezialgebiet die wissenschaftlich-technischen Kräfte ein-